

Neue Personalverordnung der Sekundarschule kann endlich greifen

An der Gemeindeversammlung der Sekundarschule Kreis Marthalen wurden Budget wie Steuerfuss genehmigt.

Roland Müller

MARTHALEN. Die Sekundarschule Kreis Marthalen umfasst die vier Gemeinden Benken, Marthalen, Rheinau und Trüllikon und insgesamt 3859 Stimmberechtigte. An der Gemeindeversammlung vom vergangenen Mittwochabend waren gerade einmal 26 Stimmberechtigte anwesend, weniger als ein Prozent der Maximalanzahl.

Erstmals präsentierte das neue Schulpflegemitglied Loretta Küpfer (Rheinau) das Budget, welches einstimmig genehmigt wurde. «Wir haben uns mit diesem Budget wiederum das Ziel gesetzt, die flüssigen Mittel und somit auch das stattliche Eigenkapital abzubauen», führte Küpfer aus. Für das laufende Jahr war der Steuerfuss bereits auf 18 Prozent gesenkt worden, er soll auch mittelfristig auf diesem tiefen Niveau bleiben. Konkret sieht der Vorschlag bei einem Aufwand von 4,012 Millionen Franken einen beachtlichen Aufwandüberschuss von 423500 Franken vor. Der Spielraum für die Schulpflege, um an den Ausgaben zu schrauben, ist aber sehr eingeschränkt. Küpfer verwies auf die 2,3 Millionen Franken an Lohnkosten, weit mehr als die Hälfte aller Ausgaben. Die bei der Schulverwaltung aufgeführten Mehrkosten von 20000 Franken sind einerseits auf den Kauf eines Lohnprogrammes, andererseits auf eine Stellenaufstockung zurückzuführen. Weitere 220000 Franken, deutlich weniger als in den Vorjahren, fliessen in die Investitionen.

Neuaufteilung der Personalverordnung

Die an der vorhergehenden Gemeindeversammlung infolge offener Fragen zurückgezogene Personalverordnung fand nun im zweiten Anlauf die Zustimmung. Die alte, als Besoldungsverordnung verfasste Vorlage von 2014 war nicht mehr zeitgemäss, wie die herbeigezogene Juristin Barbara Zimmermann ausführte. In der Folge wurde die Vorlage neu in eine bereits genehmigte Entschädigungs- und in eine Personalverordnung aufgeteilt. Diese ist aber nur auf die von der Schulgemeinde selber angestellten Personen anwend-



bar, lehnt sich zugleich aber stark an das kantonale Personalrecht an. Verschiedene Abweichungen ermöglichen der Schulpflege etwas mehr Spielraum. So kann sie unter anderem gegenüber Angestellten Kündigungen aussprechen, wenn deren Weiterbeschäftigung dem öffentlichen Interesse widerspricht.

Aktuell werden an der Sekundarschule 139 Schüler und Schülerinnen inklusive fünf Jugendliche aus der Ukraine unterrichtet. «Nach dem Schulabschluss im vergangenen Sommer

Der Pausenhof der Sekundarschule Kreis Marthalen.

BILD ALEXANDER JOHO

haben alle 40 Schüler, die eine Lehrstelle oder einen Ausbildungsplatz suchten, Erfolg gehabt oder eine Anschlusslösung gefunden», führte Schulpflegepräsident Roger Spalinger aus. Vier Jugendliche werden das 10. Schuljahr besuchen, zwei setzen ihre schulische Ausbildung am Gymnasium fort. Je drei sind in die Ausbildung in den Bereichen Betreuung, Gesundheit, KV und Polymechaniker gestartet. Die weiteren 24 Schulabgänger haben eine Ausbildung in 19 Berufen, vom Baumaschinenmechaniker bis zur Zimmerin, begonnen. Zugleich kündigte Spalinger einen Wechsel beim Abwart an: Joso Krznarić wird per Ende Februar 2023 pensioniert und durch Lukas Stolz ersetzt.

Der Anschluss an die neue Fernwärmezentrale der Stutz AG hat sich infolge Lieferschwierigkeiten bei einigen Komponenten um mehrere Wochen verzögert; zur Überbrückung wurde eine Notheizung eingesetzt. In diesen Tagen erfolgt nun die Umstellung auf die neue Fernwärme. Spalinger verwies darauf, man wolle den Wechsel nutzen, um zeitgleich die nicht mehr zeitgemässe sanitärische und elektronische Infrastruktur für die Wärmeübernahme und -verteilung zu ersetzen.

Neues Naturkundezimmer

Die Schule hat im Rahmen der ordentlichen Instand- und Werterhaltungsmassnahmen auch zwei Physik- und Naturkundezimmer entsprechend den heutigen Ansprüchen umgebaut. Im Anschluss konnten diese erneuerten Räumlichkeiten besichtigt werden. «Die Schüler, wie auch mich, freut dieser gelungene Umbau sehr, weil er unsere Erwartungen erfüllt hat», führte Lehrerin Katja Bürkler-Würmli aus. Mit den neuen Räumlichkeiten und modernen Einrichtungen mit ansprechender Anordnung der Arbeitstische entfällt der Frontalunterricht. Die Schüler können direkt selber ihre Experimente und Aufgaben einzeln, zu zweit oder in grösseren Gruppen ausführen und erledigen. Zudem verfügen alle Arbeitstische über einen im Boden eingelassenen Stromanschluss, was den Unterricht ebenfalls erleichtert.



In Ossingen schliesst sich der Weinländer Jahrmärktekreis. BILD ROMÜ

Der Abschluss des Weinländer Jahrmärkteigens

OSSINGEN. Traditionsgemäss am zweiten Donnerstag nach dem Andelfinger Jahrmarkt findet der letzte und zugleich auch kleinste der drei Weinländer Jahrmärkte, jener in Ossingen, statt. Für die einheimische Bevölkerung ist es wohl der bedeutendste Tag im Jahr. Zugleich zieht der Markt auch immer wieder die Heimweh-Ossinger an, welche an diesem Tag ins Dorf zurückkehren.

Nebst einigen einheimischen Anbietern sind es etwas mehr als 50 Marktfahrer, welche mitten im Ortszentrum, entlang der Mitteldorfstrasse, ihre Stände aufbauen. Daneben dürfen aber auch die traditionelle «Riitschuel» und die «Schiffilschaukel» ebenso nicht fehlen wie das Magenbrot und die Marroni. Zudem führen einige ortsansässige Vereine Verpflegungsstände und kleine Festbeizli. Denn von den einstigen vier Gastronomiebetrieben hat nur das «Talacker» überlebt, wo Pius Huwiler und sein Team die Marktbesucher kulinarisch verwöhnen. (RoMi)

Journal

Stimmlokal: Korrigierte Öffnungszeiten

ANDELFINGEN. Wie bereits berichtet, verschwinden mit der Eingemeindung von Adlikon und Humlikon in der neuen Gemeinde Andelfingen per 1. Januar 2023 die Stimmlokale in den beiden zukünftigen Ortsteilen. Die Urne im bald einzigen Stimmlokal, das sich im Gebäude der Gemeindeverwaltung an der Thurtalstrasse befindet, hat an Abstimmungs- und Wahlsonntagen neu von 9 bis 10 Uhr geöffnet, nicht – wie auf Gemeindeseite zunächst kommuniziert – von 8 bis 9 Uhr.

Benken beschliesst Stromsparmassnahmen

BENKEN. Der Gemeinderat hat Massnahmen beschlossen, mit denen der drohenden Energiemangellage vorgebeugt werden soll: Die Strassenbeleuchtung wird ab kommender Woche abends weniger lang brennen, neu um 24 Uhr abgeschaltet. Die Weihnachtsbeleuchtung im Dorf wird in reduziertem Umfang betrieben, die Beleuchtung am «Scherrersbrunnen» per Zeitschaltuhr auf 22 Uhr begrenzt. Auf die Gemeindehaus-Zierbeleuchtung wird komplett verzichtet. Nicht benötigte Geräte werden konsequent ausgeschaltet.

Weihnachtsbeleuchtung für Laufen-Uhwiesen

LAUFEN-UHWIESEN. Der Gemeinderat hat aufgrund des geringen Stromverbrauchs von LED-Beleuchtungen und aufgrund des positiven Einflusses des Lichts auf die Stimmung entschieden, das Gemeindehaus zur Weihnachtszeit festlich zu beleuchten. Im Rahmen der Adventsfeier-Öffnung wird die Beleuchtung in Betrieb genommen und die Weihnachtszeit eingeläutet. Auch soll der Stern, später der «Smiley» am Hörnliturm wie jedes Jahr leuchten.

Doppelter Regierungsbesuch in Marthalen

Im Rahmen einer Tour durch den Kanton Zürich waren am Dienstag zwei Zürcher SVP-Regierungsräte, Finanzdirektor Ernst Stocker und Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli, zu Gast in Marthalen.

Roland Müller

MARTHALEN. Kommenden Februar stehen im Kanton Zürich die ordentlichen Wahlen für das Zürcher Kantonsparlament und den Regierungsrat an. Als Teil des Wahlkampfes machten am vergangenen Dienstagabend die beiden SVP-Regierungsratsmitglieder Ernst Stocker und Natalie Rickli Halt in Marthalen; geladen hatte die Stutz AG zum grossen Raclette-Plausch.

Petition gegen Ried-Ausweitung

Kantonsrat Paul Mayer erinnerte einleitend an die parteieigene Petition, die sich gegen die Absicht der Baudirektion unter der Leitung von Martin Neukom (Grüne) wehrt, rund 1300 Hektaren Kulturland, davon rund 100 Hektaren im Weinland, in Riede zu überführen. Auf dieser Fläche erzeugte Nahrungsmittel könnten gemäss Mayer 41600 Personen versorgen. «Dieses Ziel steht im Widerspruch zum Bevölkerungswachstum. Im bestehenden Jahr wollen zusätzliche 200000 Menschen in der Schweiz ernährt werden», sagte Mayer.

Regierungspräsident Ernst Stocker reiste aus der südlichsten Zürcher Gemeinde Wädenswil an und nutzte die Gelegenheit, um kantonale Unterschiede



Auf Wahlkampftour im Kanton Zürich: Ernst Stocker und Natalie Rickli. BILD ROMÜ

aufzuzeigen. Seine Ratskollegen in Basel könnten jederzeit mit dem «Trämli» innert weniger Stunden von einem zum anderen Ort fahren, seien somit nicht auf das Auto angewiesen. «Für mich ist das schöne Weinland eine Region, wo die Welt noch in Ordnung ist», hielt Stocker fest. Daran soll sich nichts ändern, Stocker setzt auf ein gutes Wahljahr. Doch dafür müsse es gelingen, die Bevölkerung an die Urne zu bringen, um den aktuell politischen Kräften neue Mehrheiten zu geben.

«Wir sind im Wirtschaftskanton Zürich verpflichtet, Lösungen zu ermöglichen, damit es der Bevölkerung auch

weiterhin gut geht», so Stocker. Die aktuelle Versorgungslage sei als Folge einer falschen Politik selber verschuldet. Dass eine solide Politik gefragt und in Krisenzeiten handlungsfähig ist, zeigte Stocker im Bezug auf die Coronapandemie auf. «Hier widerspiegelt sich die wirtschaftlich gewichtige Bedeutung des Kantons Zürich. Wir haben an Unternehmen und Betriebe 1,4 Milliarden Franken an Kurzarbeitsentschädigungen ausbezahlt. Im Kanton Bern waren es nur 500 Millionen Franken.»

Mit Blick auf die Zukunft und die Finanzen mahnte Stocker zu Zurückhaltung und auch etwas Bescheidenheit;

sorglos gemachte Schulden dürften nicht einfach der nächsten Generation übergeben werden. Für Stocker zeigt gerade die hohe Inflation in den Niederlanden mit über 11 Prozent auf, wohin eine falsche Politik mit zu grosszügigen Ausgaben führen kann.

EWR als politischer Weckruf

«Der EWR-Abstimmungskampf während meiner Lehre war der Grund, warum ich politisch aktiv wurde», hielt Natalie Rickli fest. Für sie gilt weiterhin der Slogan «Für eine sichere Zukunft in Freiheit». Mit Blick auf die aktuelle Energieversorgung habe die eigene Partei mit ihrem damaligen Widerstand nun Recht erhalten. «Wir können auch hier mit Inhalten überzeugen, sind in der Energiepolitik auf dem richtigen Weg», so Rickli.

Ihre Direktion war während der Coronakrise speziell gefordert, es galt, die unterschiedlichsten Interessen unter einen Hut zu bringen und zugleich die Bevölkerung zu schützen. Der Zürcher Gesundheitsdirektion unterstehen über 50 Spitäler, 250 Heime oder rund 3500 frei praktizierende Ärzte. Vor dem Hintergrund der steigenden Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien appellierte Rickli an die Selbstverantwortung; man müsse nicht bei jedem Fall gleich den Arzt oder den Notfall aufsuchen, sondern zuerst selber tätig werden, beispielsweise mit Hausmitteln. «Es darf nicht sein, dass man wegen einfachen Fiebers die Nummer 144 wählt und durch den Krankenwagen abgeholt wird», hielt Rickli mahnend fest.